

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

## Kronrat in Wien.

### Kriegsstimmung in Oesterreich.

Wien, 29. April. Heute Mittag fand eine Konferenz der gemeinsamen Minister statt, an der auch Generalstabchef Frhr. Konrad v. Högenborff teilnahm.

r. Wien, 29. April. Hier verlautet, daß der Chef des Generalstabes Konrad von Högenborff Vorbereitungen für die Reise nach Cattaro trifft.

r. Wien, 29. April. Heute herrschte in Wien eine fieberhafte Stimmung. Die von den Morgenblättern veröffentlichte Reuterdepesche mit ihrem stilistisch halb verschleierte Resultat der gestrigen Londoner Vorkonferenz erweckte in allen amtlichen und privaten Kreisen helle Entrüstung. Wie eine wahre Erlösung wirkte es, als man endlich gegen 1 Uhr Mittag die amtliche Meldung erhielt, daß Oesterreich-Ungarn angeichts des Zögerens der Vorkonferenz zur Politik der freien Hand übergehe, und daß ein schneller Gedankenaustausch über die bevorstehenden militärischen Maßnahmen mit Rom stattfindet. Die Abendblätter spiegeln den Ernst der Situation wieder. Die gesamte Presse steht vorbehaltlos hinter der nunmehrigen Politik des Grafen Berchtold.

r. Wien, 29. April. In hiesigen maßgebenden politischen Kreisen wird darauf aufmerksam gemacht, daß Oesterreich-Ungarn eine längere hinauschiebung der Entscheidung über den Status nicht mehr dulden werde und nicht mehr dulden könne. Alle militärischen Vorbereitungen sind schon getroffen, um den sofortigen Einmarsch Oesterreich-Ungarns in Montenegro zu veranlassen, falls am Donnerstag die Londoner Vorkonferenz das Verlangen Oesterreichs nicht erfüllen sollte, die Statusfrage durch einen schnellen und energischen Schritt zu lösen. Die aus Petersburg kommenden Drohungen, daß ein selbständiges Vorgehen Oesterreich-Ungarns schwere internationale Verwicklungen herbeiführen würde, können an dem Entschluß der österreichischen Regierung, dem ganz unheilbaren und unerträglichen Schwebzustand ein Ende zu machen, nichts ändern. Man erwartet hier, daß auch Italien seine volle Zustimmung zu einem energischen Einschreiten gegen Montenegro geben werde. Entgegen anderen Meldungen wird hier versichert, daß Kaiser Franz Josef, so groß sein Wunsch nach der Erhaltung des Friedens ist, selbst ein schnelles militärisches Eingreifen verlangt, sobald die Gefahr besteht, daß das Ansehen der Monarchie durch eine Mißachtung ihrer Forderungen gefährdet werde.

Wien, 29. April. Die „Neue Wiener Abendzeitung“ schreibt: Bekanntlich hielt sich Oesterreich-Ungarn freie Hand für den Fall vor, daß die Vorkonferenzvereinbarung nicht die Anträge Oesterreich-Ungarns genehmigen sollte. Der Fall ist jetzt eingetreten, nachdem in der gestrigen Vorkonferenzvereinbarung in London eine Einigung nicht erfolgte. — Diese Feststellung kennzeichnet die Situation. Gegenwärtig findet ein reger Meinungsaustausch zwischen Wien und Rom statt.

r. Wien, 29. April. Die „Reichspost“ meldet aus Cattaro: Die militärischen Vorbereitungen Montenegros werden eifrig fortgesetzt. Seit gestern Abend ist eine Anzahl Maschinengewehre zwischen den Felsen oberhalb der Straße von Cattaro nach Cetinje in Aufstellung gebracht worden.

r. Wien, 29. April. Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet aus Skutari: Gestern Vormittag hat Kronprinz Danilo seinen feierlichen Einzug in die Stadt gehalten. Es gab Paßka überreichte ihm die Schlüssel der Stadt. General Martinowitsch ist zum militärischen Gouverneur der Stadt ernannt worden.

## Oesterreich, Italien und England als europäische Mandatare?

r. Wien, 29. April. Die Antwort Montenegros auf die Note der Mächte wird für morgen erwartet. Sollte Montenegro sich weiter weigern, die Forderung der Mächte auf Räumung von Skutari zu erfüllen, so wird auf Grund eines europäischen Mandats eine Intervention durch Oesterreich-Ungarn, Italien und England erfolgen.

Wien, 29. April. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet: In der am Donnerstag stattfindenden Sitzung der Vorkonferenzvereinbarung in London wird sich entscheiden, ob und welche Mächte an den von Oesterreich-Ungarn eventuell, nämlich für den Fall, daß der König von Montenegro nicht unbedingt nachgibt, zu unternehmenden Zwangsmaßnahmen teilnehmen werden.

## Der Balkanbund gegen Oesterreich.

r. London, 29. April. Aus Belgrad meldet der Korrespondent der „Daily Mail“, daß das Bündnis zwischen den Balkanstaaten dieselben verpflichtet, zusammen einem österreichischen Eingriff entgegen zu treten, selbst dann, wenn Oesterreich als Mandatar und im Auftrage von Europa vorgehen würde.

Es scheint übrigens mit der Einigkeit der Verbündeten noch wie vor sehr schlecht zu stehen. Bemerkenswert ist, daß von bulgarischer Seite ein bewaffneter Zusammenstoß mit den Griechen offen zugegeben wird. Es wird gemeldet:

Sofia, 29. April. Die Meldung aus Saloniki, nach der bei einem bulgarisch-griechischen Zusammenstoß in Nigrita ein griechischer Lehrer von bulgarischen Truppen ermordeet worden sei, ist unrichtig. Tatsächlich beteiligte sich die von den griechischen Behörden bewaffnete Bevölkerung an jenem Gescheh. Dabei fielen, wie feststeht, ein griechischer Lehrer aus Dimitriha und mehrere Bauern.

r. London, 29. April. „Daily Telegraph“ meldet aus Bukarest: Am 10. April griff eine bulgarische Division eine serbische Infanteriebrigade an, die in zwei Dörfern, 20 Meilen nordöstlich von Monastir lagerte. Die Serben räumten nach zweitägigem Kampfe ein Dorf, eroberten es aber am nächsten Tage wieder zurück. In Saloniki griffen am 15. April zwei bulgarische Divisionen zwei griechische an. Mehrere hundert Tote wurden von ihnen Kreuz aufgefleht. Der Kampf konzentrierte sich auf die Linie zwischen Saloniki und Serres. Griechenland betief vier weitere Reserveklassen ein.

## Das Kriegsbarometer.

Berlin, 29. April. Die Wiener Börse verlor auf politische Gerüchte. Auch die Berliner Börse wurde flau auf Gerüchte, daß in Wien der Kronrat einberufen worden sei. (Vgl. auch Handelsteil.)

Wien, 29. April. An der Wiener 2 Uhr-Börse notierten bei flauer Tendenz: Kredit 616,50, Staatsbahn 714, Alpine 1001, Stoba 806.

Wien, 29. April. (2.05 Uhr.) Kredit 614, Staatsbahn 707, Lombarden 119, Alpine 992, Stoba 791, Länderbank 507, Türkenloje 233,50.

Wien, 29. April. (2.45 Uhr.) Kredit 611, Staatsbahn 703, Alpine 991, Stoba 789, Mairente 83,20, Goldrenten 105, Kronrenten 83,80, unkonvertierte 85,50.

## Die Aufgaben der Finanzkommission.

Paris, 29. April. Eine Note der „Agence Havas“ bringt in großen Zügen das Programm der internationalen Finanzkommission, die in Paris am 15. Mai zusammentreten wird. Erstens wird die Kommission den Teil der ottomanischen Staatsschuld festlegen, der zu Lasten der abgetretenen Gebiete verbleiben wird, dessen Schuldendienst sichergestellt werden soll, entweder durch Jahresraten, die wie früher aus Einkünften dieser Gebiete erhoben werden sollen, oder durch garantierte Kapitalabzahlungen. Zweitens wird die Kommission die Bedingungen der rechtlichen Modalitäten genau festlegen, wonach die Balkanstaaten in die Rechte wie die Pflichten und die Verpflichtungen der Türkei gegenüber Dritten, die Inhaber von Kontrakten oder Konzessionen in den abgetretenen Gebieten sind, einzutreten haben. Endlich wird die Kommission die Ansprüche pekuniärer Ordnung prüfen, welche die Kriegführenden als Kriegsschadigung glauben geltend machen zu müssen.

## Notizen.

Konstantinopel, 29. April. Der frühere Vizepräsident Haidari Bey ist wieder zum Vizepräsidenten ernannt worden.

Athen, 29. April. Am 12. Mai wird in Saloniki eine allgemeine Volkszählung vorgenommen werden, die sämtliche Klassen und Religionen umfassen wird. Die Behörden in Saloniki haben die Bevölkerung aufgefordert, bei der Volkszählung genaue Angaben zu machen, da es sich nicht um eine militärische oder politische Kontribution, sondern lediglich um statistische Zwecke handelt.

## Die Sekundärbahnvorlage.

(Originaltelegramm der „Hartung'schen Zeitung“.) So. Berlin, 29. April.

Im Abgeordnetenhaus sah man heute das Bild, wie es die Beratung der Sekundärbahnvorlage stets zu zeigen pflegt: Etwa vier Geheime Räte am Ministerisch, 20 bis 30 Abgeordnete im Saale, von denen sich jeder mit privaten Arbeiten beschäftigt. An die hundert Redner waren zu Beginn der Sitzung gemeldet, und der Präsident hat deshalb die Redezeit auf zehn Minuten zu beschränken. Im Hause gab man sich auch alle Mühe, diesen Wunsch zu folgen, wenn auch niemand darauf verzichtete, sein Sprüchlein herzusagen. Immerhin war zum Schluß der Sitzung eine ganze Reihe von Rednern „erledigt“.

## Die Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Präsident Graf Schwerin-Löwis eröffnete die Sitzung um 10.17 Uhr.

Zunächst trat das Haus in die gestern von der Tagesordnung abgesetzte Erörterung des Gesetzesentwurfes über Umlegung von Grundstücken in der Landgemeinde Griesheim a. M. Kreis Höchst, ein. Nach unweiliger Debatte wurde der Gesetzesentwurf in erster und sofort in zweiter Beratung erledigt. Hierauf wurde die dritte Beratung des Entwurfs des Eisenbahnleihegesetzes fortgesetzt.

Abg. Müller-Brüm (Str.) trat für eine Erschließung der herrlichen Giffelländchen ein.

Abg. Bierck (freisinnl.) Die Provinz Posen verlangt dringend bessere Bahnverbindungen namentlich in der Gegend von Gornikau.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwis: Es sind noch 94 Redner gemeldet. Ich möchte deshalb die Redezeit festlegen, zum morgigen Abend die Ferien beginnen sollen. (Zustimmung.)

Abg. Schulze-Belsum (konf.): In Hamm sollten sämtliche D-Büge halten. Die Vorkonferenz Dortmund-Münster sollte gebaut werden zwecks einer besseren Verbindung mit der Nordsee und auch im strategischen Interesse.

Abg. v. Wangel-Belencin (konf.): Die Erweiterung des Bahnnetzes in Polen liegt im Interesse einer nutzbringenden Ostmarktpolitik. Die dortigen kleinen Städte müssen ihre Verbindung erhalten.

Abg. Thurm (fortschritt. Vpt.): Die ganze Debatte gleicht der Vorkonferenz in London. Praktische Erfolge sind kaum zu erwarten bei all den Wünschen. Ich empfehle aber der Regierung den Ausbau der Niederlausitzer Bahnen, um damit eine direkte Verbindung zwischen Stettin und Sachsen zu erlangen.

Abg. Mallekewitz (konf.): Die Vorarbeiten für die Bahnstrecke Garz-Schwedt an der Oder sind seit langem im Gange. Die Vollendung liegt im Interesse des dortigen Mittelstandes, insbesondere der Kaufleute. Ueberdies wäre dies eine Wiebergeburt der alten Handelsstraße Schwedt-Garz-Stettin.

Abg. v. Blanckenburg (konf.): Die Bahnverbindungen zwischen Berlin und der russischen Grenze lassen zu wünschen übrig.

Abg. Fromme (natl.): Eine Hauptbahn von Bremen durch Westfalen nach Frankfurt a. M. ist nötig.

Abg. v. Arles (konf.): Die Regierung nimmt bei Festlegung des Bahnnetzes zu wenig Rücksicht auf die lokalen Wünsche. Ihr stehen die fiskalischen Interessen zu sehr im Vordergrund. Auch in meinem Wahlkreise Mitleine geschieht nicht genug in Bezug auf die Erschließung mit Bahnen. Im nächsten Jahre mögen 100 Millionen Mark mehr für Sekundärbahnen in den Etat eingetragt werden.

Abg. Romahn (Str.) wünschte bessere Zugerbindung mit Mecklenburg.

Abg. Frhr. v. Malhan (konf.): Die Daarsbahn sollte über Prero weitergeführt werden und die Granitzbahn auf Rügen sollte zu einer Vollbahn ausgebaut werden.

Abg. Lehn (natl.): Die Provinz Posen geht seit Jahren bei der Sekundärbahnvorlage ganz leer aus; dann wundern man sich über mangelnde wirtschaftliche Entwicklung Posens. Der Westen bekommt dagegen Bahnen, die er gar nicht haben will. Unsere Schmerzen mögen radikal geheilt werden. Die Stadt Labischin muß an das Staatsbahnnetz angeschlossen werden.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 10 Uhr verlegt. Schluß 1/6 Uhr.

## Der Kultusetat im Herrenhause.

(Originaltelegramm der „Hartung'schen Zeitung“.) So. Berlin, 29. April.

Das Herrenhaus begann seine heutige Etatsberatung mit dem Kultusetat. Herr von Trotz zu Solz selbst ergriff als erster das Wort, um sich ausführlich über die Ausstellungsangelegenheit Anton von Berners zu verbreiten. Er brachte viel Neues vor, was allerdings imstande ist, die ganze Frage in ein anderes Licht zu rücken. Er erklärte, daß Anton von Berner selbst angeraten habe, die Zustimmung der maßgebenden Stellen einzuholen, damit geprüft werde, ob der Ausstellung seiner Schlachtenbilder aus dem Siebzigerkriege keine politischen Bedenken entgegenständen. Herr von Trotz zu Solz meinte, er selbst wäre gar nicht auf einen solchen Gedanken gekommen, da es sich ja um eine Berliner Ausstellung handle. Auch sei er der Ansicht gewesen, daß hierbei von politischen Bedenken gar keine Rede sein könne, und deshalb sei auch das Auswärtige Amt mit der ganzen Angelegenheit nicht befaßt worden. Auf Verhandlungen habe sich der Künstler gar nicht eingelassen, sondern einfach erklärt, er sei krank und könne nicht eingelassen werden. Die Erklärung des Kultusministers machte in ihrer Ruhe und Sachlichkeit einen starken Eindruck auf das Haus. Graf Rangau und nach ihm Graf von der Schulenburg widmeten dann ihrem Antrage, die Schulpflicht bis zum sechzehnten Lebensjahre auszudehnen, empfehlende Worte. Ihnen schloß sich Generalfeldmarschall Häfeler an, aber ohne Erfolg. Der Kultusminister sprach sich dagegen aus, da die Durchführung des Antrages zu viel Geldmittel erfordern würde, und der Antrag wurde abgelehnt, bis auf seinen ersten Teil wenigstens, der Ermägungen darüber verlangt, wie man die Jugend länger als bisher Zucht und Ordnung unterwerfen könne, der angenommen wurde. In einer langen Reihe wurden dann Unversitätswünsche und Schulfragen erörtert. Hierbei trat Oberbürgermeister Hoffmann energisch für den Ausbau des Gymnasiums und Realgymnasiums in Thorn ein.

## Sitzungsbericht vom Herrenhaus.

Präsident Graf von Welck-Piesdorf eröffnete die Sitzung um 1.15 Uhr. Die Etatsberatung wird beim Kultusetat

fortgesetzt.

Kultusminister von Trotz zu Solz: Anlässlich der Jubiläumsausstellung wurde Anton v. Berner angefordert, sich daran zu beteiligen. v. Berner stellte eine Reihe von Schlachtenbildern aus dem deutsch-französischen Kriege zur Verfügung. Alle Bilder wurden von der Ausstellungscommission angenommen bis auf „Die beiden Kriegsgefangenen“ und „Die Kapitulationsverhandlungen von Sedan“. Infolge der Nichtannahme der beiden Bilder lehnte v. Berner die Beteiligung an der Ausstellung ab. Ich bedauere das lebhaft, denn es wäre erwünscht, daß gerade bei einer solchen Ausstellung Berners Bilder nicht fehlen. Ich betone ausdrücklich, daß politische Rücksichten in dieser Angelegenheit in keiner Weise eine Rolle spielten. Jedenfalls kann der Regierung aus diesem Anlaß kein Vorwurf gemacht werden.

Graf Rangau begründete den Antrag, die Regierung möge erwägen, wie die Jugend länger als jetzt, einer heilsamen Zucht und Aufsicht unterworfen werden kann. Eventuell müßte die Verschärfung zum Besuch der Volksschule bis zum vollendeten sechzehnten Lebensjahre ausgedehnt werden.

Graf von der Schulenburg: Es muß etwas geschehen, um der Verrohung der Jugend entgegenzuwirken. Sonst verkommt und verlottert schließlich unser Volk.

Minister von Trotz zu Solz: Die Unterrichtsverwaltung betrachtet die Fürsorge für die schulentlassene Jugend als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Er erinnere nur an die Jugendpflege und die Förderung des Fortbildungsschulwesens. Die Ausführung des Antrages würde etwa 70 Millionen kosten. Ich kann natürlich in Aussicht stellen, daß die Regierung dem Antrag stattgibt. Zunächst muß die Volksschule möglichst gestärkt und gefördert werden.

Graf v. Häfeler: Der Antrag ist uns sympathisch. Wir wollen nicht, daß die Jugend an Seele und Leib verderben wird.

Graf Rangau: Wenn wir leben, mit welcher Energie die Sozialdemokratie bestrebt ist, die Jugend zu verführen, dürfen wir keine Bedenken tragen, 70 Millionen zu bewilligen. Wir müssen alles tun, um die jungen Leute zu guten Patrioten und Staatsbürgern zu erziehen.

Der Antrag wird im ersten Teil angenommen, in seinem zweiten Teil betr. Ausdehnung der Schulpflicht abgelehnt.

Bürgermeister Gerbing-Greifswald: Die Universität Greifswald ist überfüllt, daß die wissenschaftlichen Einrichtungen, vor allem die Bibliothek, nicht mehr genügen. Um Mittel flüssig zu machen, möge die Universität ihre Güter für die innere Kolonisation aufstellen.

Graf v. Behr-Behrenhoff: Die Stadt ist ebenfalls im Besitz von Gütern. Möge also auch die Stadt ihre Güter aufstellen.

Minister v. Trotz zu Solz: Die Klagen über die Zustände in Greifswald sind übertrieben. Sie sind deshalb nicht tragisch zu nehmen.

Graf Rangau und Professor Reinkens-Miel wünschten die Errichtung einer Professur für die schleswig-holsteinische Landesgeschichte in Kiel.

Minister v. Trotz zu Solz sagte Berücksichtigung des Wunsches zu. Fürst zu Salm-Horstmar dankte für den geplanten Ausbau der Universität Münster zur Volluniversität. Freilich sei der von der Provinz geordnete Betrag von 900 000 Mark zu hoch.

Minister v. Trotz zu Solz: Die Provinz und die Stadt Münster erklärten sich bereit, zu den Kosten beizutragen. Die Provinz will nur 200 000 Mark beisteuern, ein Betrag, der als völlig ungenügend zu bezeichnen ist. Wenn die Summe nicht erhöht wird, besteht die Befürchtung, daß das Projekt gefährdet wird. Ich hoffe, daß noch eine Einigung zustandekommt.

Oberbürgermeister Dr. Jungblodt-Münster: Wir sind bereit, eine angemessene Leistung zu machen. Die Forderung von 900 000 Mark würde aber zu weit gehen.

Dr. v. Stödt-Münster hat bei der großen kulturellen und industriellen Bedeutung Westfalens Anspruch auf eine Volluniversität. Der Standpunkt des Ministers bezüglich der Beitragsleistung ist aber zu fiskalisch. Was die Universität Frankfurt betrifft, so sollte auf ihren staatlichen Charakter Bedacht genommen werden.

Minister v. Trotz zu Solz: Ein Statut über die Universität Frankfurt ist noch nicht erlassen worden. In der Hauptsache werden die grundsätzlichen Bestimmungen dieselben sein wie bei den übrigen Universitäten. Die Regierung würde bereit sein, ihre Forderung bezüglich der Beitragspflicht zur Universität auf 700 000 Mark herabzusetzen.

Professor Dr. Sillebrandt-Breslau: Die Ueberfüllung der Universitäten ist nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß die Anforderungen beim Abiturientenexamen erheblich zurückgegangen sind.

v. Klipping: Die Ergänzungszulüsse für die Volksschulen sind vielfach nicht ausreichend. Oberbürgermeister Wilms-Bosen befragte den Ausbau der Akademie in Posen zur Volluniversität.